

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.  
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beizelle oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

Morgen-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlenmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren  
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler  
G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max  
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies,  
Halle a. S. Jul. Barch & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A.  
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-  
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Aus dem preussischen Staatshaushaltsetat.

Der preussische Staatshaushaltsetat beansprucht  
diesmal eine besondere Aufmerksamkeit, weil in  
denselben nicht nur die im nächsten Etatsjahre ins  
Leben tretende Neuordnung der Eisenbahnverwal-  
tung zum ersten Male in Erscheinung tritt, son-  
dern auch, weil die Neuordnung des inneren  
Dienstes, des Kassen- und Rechnungswesens,  
denselben formell und materiell sehr erheblich  
beeinflusst.

Als Folge der Einrichtung, daß für die  
Etatführung, die kassenmäßige Buchung und die  
Rechnungslegung nicht mehr das wesentlich von  
statistischen Gesichtspunkten ausgehende Normal-  
buchungsformular zu Grunde gelegt wird, hat das  
dem Etat der Kassenbuchung und der Rechnung  
zu Grunde zu legende Schema sehr wesentlich  
vereinfacht werden können. Diese Vereinfachung  
hat bei dem Etatmaterial den Fortfall einer  
ganzen Reihe von Positionen verschiedener Etats-  
titel zur Folge gehabt. Ungleich bedeutender ist  
die Vereinfachung bei dem Ausgabeetat; hier er-  
scheinen an Stelle von bisher zwanzig Titeln bei  
den Ausgaben der vom Staate verwalteten Eisen-  
bahnen nur deren zwölf, so daß also acht Titel in  
Befall kommen. Am hervorragendsten sind bei  
der Vereinfachung betheiligt die Titel 7-9, welche  
die sächlichen Ausgaben in sich schließen. In dem  
Titel 7 für Erhaltung und Ergänzung der In-  
ventarien, sowie für Beschaffung der Materialien  
sind Ausgaben vereinigt, welche nach dem bis-  
herigen Schema in fünf Titeln vertheilt waren.  
Der Titel 8, für Erhaltung, Ergänzung und Er-  
neuerung der baulichen Anlagen, umfaßt Aus-  
gaben von 4 Titeln des bisherigen Schemas; der  
Titel 9, für Unterhaltung, Erneuerung und Er-  
gänzung der Betriebsmittel und maschinellen An-  
lagen, solche aus fünf Titeln des bisherigen Etats.

Für die Aufstellung des neuen Schemas ist  
wesentlich der praktische Gesichtspunkt leitend ge-  
wesen, sich vornehmlich der Wirklichkeit anzupassen  
und die Einnahmen und Ausgaben  
gerade so zu vertheilen, wie sie entstehen; zu-  
gleich ist das Bruttoprinzip und der Grundsatz,  
daß sämtliche Einnahmen und Ausgaben im Etat  
vorgesehen sind, zur Durchführung gebracht. Als  
Folge des für die Aufstellung des Schemas letzten-  
den Grundsatzes ergibt sich, daß die bisher  
üblichen Oberbau-, Bau-, Betriebs- und Ver-  
waltungsmaterialien-Vorschüsse-Konten, bei welchen  
Materialien im Gesamtwerthe von ca. 100 000 000  
Mark bis zur Verwendung vorläufig zu Buche  
standen, aufgehoben worden. An ihrer Stelle  
werden die Materialkosten in Zukunft bei den  
betr. Ausgabe-Titeln unmittelbar verrechnet und  
wie am Schlusse des Rechnungsjahres vertheil-  
ten Bestände mit ihren Geldwerten auf das  
neue Rechnungsjahr übertragen, so daß die Aus-  
gaben des abgeschlossenen Jahres den Betrag der  
in demselben verwendeten Materialien darstellen.  
Formell kommt diese Einrichtung in einem ent-  
sprechenden Vermerk (2) zu den Ausgabe-Titeln 7-9  
zum Ausdruck.

Im Interesse der Vereinfachung soll ferner  
für die bei der Unterhaltung, Erneuerung und bei  
Bauten aus außerordentlichen Fonds gewonnenen  
noch brauchbaren Ueberreste der bei der Ver-  
wendung für Betriebszwecke eine Anrechnung des  
Geldwertes nicht mehr stattfinden und dies ist in  
einem Vermerk (1) zu den Ausgabe-Titeln 7-9  
zum Ausdruck gebracht. Ferner sollen Frachten  
für die Beförderung von Betriebsbedürfnissen auf  
den preussischen Staatsbahnen fortan nicht mehr  
erhoben werden.

Gemäß dem Bruttoprinzip wird ferner der  
Werth der an Dritte abgegebenen Materialien so-  
wie die Vergütung für die in den Werkstätten für  
Dritte ausgeführten Arbeiten nicht mehr wie bis-  
her zum großen Theil von den der Verwaltung  
zur Last fallenden Ausgaben abgesetzt, sondern bei  
den Einnahmen nachgewiesen; ebenso die Ver-  
bühungen für die Beamten der Bauverwaltung.

Die leichtgedachten Veränderungen wirken nicht  
nur auf die äußere Form des Etats ein, sondern  
auch auf die Endzahlen; während die Nichtan-  
rechnung von Ueberresten und der Fortfall von  
Frachten für die Beförderung der Betriebsbedürfnisse  
eine entsprechende Verminderung der Ein-  
nahmen und Ausgaben herbeiführt, erhöht die  
Verrechnung des Werths der an Dritte abgege-  
benen Materialien, der Vergütung für die Dritte  
ausgeführten Arbeiten und der Bezüge für die  
Beamten der Bauverwaltung Einnahmen und  
Ausgaben.

Die Neuorganisation der Eisenbahn-Verwal-  
tung macht sich neben den Veränderungen in den  
Besetzungstiteln der Provinzial- und der Zentral-  
Verwaltung vor Allem durch die Ausbringung  
besonderer Titel zu Dispositions-Beschlüssen und  
Wartungsarbeiten in die Folge der Umgestaltung  
der Eisenbahnverwaltung zur Verfügung gestellt  
über auf Vortragsgehalt gesetzten Beamten, für welche  
in dem Etat im Ganzen 3 722 000 M. ausgewor-  
fen sind, geltend. Es handelt sich um 832 Beamte  
bei der Provinzial-Verwaltung, darunter 4 Prä-  
sidenten der Eisenbahn-Direktion, 1 Vorsitzender  
des Eisenbahn-Kommissariats und 99 Mitglieder  
des Eisenbahn-Direktion und Betriebsdirektoren z.  
und 15 Beamte der Zentral-Verwaltung, darunter  
5 vortragende Räte.

Was das materielle Ergebnis des Etats an-  
langt, so kommt zunächst für die Veranschlagun-  
gen der Betriebs-Einnahmen in Betracht, daß die  
mittlere Betriebslänge der Staatsbahnen für das  
Jahr 1895-96 sich auf 26 752,45 Kilometer be-  
läuft, mithin um 97,15 Kilometer gegenüber  
dem letzten abgeschlossenen Betriebs 1893-94  
mehr beträgt. Bei der Veranschlagung der Be-  
triebs-Einnahmen und Ausgaben ist im Allgemeinen  
von den wirklichen Ergebnissen des Jahres 1893  
bis 94 ausgegangen. Nach Würdigung der die  
Vergleichbarkeit beeinträchtigenden Momente ist so-  
dann ein der Verkehrsentwicklung der letzten Jahre  
entsprechender Aufschlag zu jenen Ergebnissen ge-  
macht worden. Bei den Einnahmen aus dem  
Personen- und Gepäckverkehr ist gegenüber einer  
Steigerung von 0,78 Prozent im Jahre für den  
zeitweiligen Zeitraum von 1891/92 bis 1893/94  
der Veranschlagung der Einnahmen um 1 Prozent im  
Jahre zu Grunde gelegt. Auf dieser Grundlage  
sind die Einnahmen aus dem Personen- und Ge-  
päckverkehr, welche 1893-94 247 888 107 Mark  
betrugen, auf 255 400 000 Mark veranschlagt. Bei  
dem Güterverkehr ist gegenüber einer Steigerung  
der Einnahmen in den beiden letzten Jahren von  
dem Durchschnitt 2,71 Prozent mit Rücksicht auf  
die erheblich geringere Steigerung im laufenden  
Jahre der Aufschlag für Verkehrssteigerung auf 2

Prozent, mithin gegen das Ergebnis des Etats-  
jahres 1893-94 für zwei Jahre auf 4 Prozent  
bemessen worden. Die Einnahmen aus dem  
Güterverkehr sind demzufolge auf 685 100 000 M.  
veranschlagt worden, während 1893-94 nur  
658 614 940 Mark eingenommen sind. Einschließ-  
lich der sonstigen Betriebs-Einnahmen belaufen  
sich die gesamten Einnahmen auf 994 506 500  
Mark. Diese Zahlen geben die Veranschlagun-  
gen nach dem alten Etatschema; in dem  
Etat selbst sind die Betriebs-Einnahmen  
mit 980 961 000 Mark, mithin um 13 545 500  
Mark niedriger eingestellt. Dieser Unterschied ist  
die Folge der schon oben erwähnten Nichtan-  
rechnung des Geldwertes der im Betriebe ver-  
werteten Ueberreste und der Nichtverrechnung  
von Fracht für die Betriebs-Einnahmen. An dem En-  
dresultat ändert sich hierdurch nichts, weil bei  
den Ausgaben eine entsprechende Verminderung  
eintrifft.

Die Betriebs-Ausgaben belaufen sich auf  
566 703 500 Mark, mithin gegen die Betriebs-  
ausgaben nach dem alten Etatschema von  
580 249 000 Mark um 13 545 500 Mark niedriger.  
Der Ueberschuß der Betriebs-Einnahmen über die  
Betriebsausgaben beträgt daher sowohl nach dem  
alten wie dem neuen Etatschema 414 257 500  
Mark, mithin 42 943 800 Mark mehr als für das  
laufende Jahr vorgesehen ist.

Das Gesamtergebnis stellt sich folgender-  
maßen: Die Gesamteinnahme beträgt 983 854 891  
Mark, mithin 20 103 215 Mark mehr als im  
laufenden Jahre. Die dauernde Ausgabe beträgt  
575 460 292 Mark, mithin 20 836 644 Mark  
weniger, als für das laufende Jahr veranschlagt  
ist. Der Ueberschuß der Einnahmen über die  
dauernden Ausgaben stellt sich auf 408 394 592  
Mark, mithin im Vergleich zu 1894-95 auf  
mehr 40 939 859 Mark, wobei zu beachten ist,  
daß in den Ausgaben die vorerwähnten Dis-  
positions-Einnahmen im Gesamtbetrag von 3 722 000  
Mark, welche ihrer Natur nach nur eine vor-  
übergehende Belastung des Etats darstellen, mit  
entfallen sind.

Die einmaligen und außerordentlichen Aus-  
gaben betragen 29 150 700 Mark, mithin  
8 285 700 Mark mehr als im laufenden Jahre.  
Der Grund dieser Vermehrung dieser einmaligen  
Ausgaben ist hauptsächlich in dem Umstande zu  
suchen, daß die Mittel für Erweiterung und Er-  
gänzung der Anlagen und die Vermehrung der  
Betriebsmittel der bereits im Betriebe befindlichen  
Bahnen, welche bisher überwiegend in der  
Kreditvorlage ausgebracht waren, in den Etat ein-  
gestellt sind.

Die auffällige Höhe der dauernden Unter-  
ausgaben gegen 1894-95 erklärt sich in erster  
Linie aus dem nunmehr befristeten Einnahmen durch-  
laufenden Posten, welcher, wie oben erwähnt, pro  
1895-96 auf 13 545 500 Mark veranschlagt ist.  
Die übrige Unterabgabe von 7 291 144 Mark  
ist das Ergebnis zahlreicher Ueber- und Mehr-  
ausgaben; unter den Ueberausgaben sind die  
bedeutendsten Kosten der Erneuerung des Ober-  
baues 5 630 000 Mark und Kosten des Bahn-  
transportes 2 975 000 Mark. Unter den Mehr-  
ausgaben ist die bedeutendste für die Dispositions-  
Beschlüssen 3 722 000 Mark.

Durch die Neuordnung der Eisenbahnverwal-  
tung werden, abgesehen von den Veränderungen in  
der Zahl der Beamten bereits bestehender Kate-  
gorien, folgende neue Beamtenklassen eingeführt:  
Bei jeder der 20 Direktionen werden 2 etatsmäßige  
Mitglieder zu Ober-Regierungs- bezw. Ober-  
Bauräthen ernannt, und erhalten, außer dem Ge-  
halt, je 900 Mark Zulage. Betriebsinspektoren  
sollen 230, Maschineninspektoren 72, Werkstätten-  
inspektoren 72, Telegrapheninspektoren 20, Ver-  
kehrsinspektoren 82 eingerichtet werden; an die  
Spitze jeder Inspektion tritt ein etatsmäßiger  
Vorstand mit einem Gehalt von 3600-5400  
Mark. Einem Theile dieser Beamten soll durch  
Ernennung zu Regierungs- und Bauräthen oder  
Regierungs- und Bauräthen der persönlichen Rang der Räte  
vierten Klasse beigelegt werden. An die Spitze der  
bei jeder der 20 Eisenbahndirektionen einzurich-  
tenden Rechnungs- und Dispositionsbureaus wird ein  
Rechnungs- und Dispositionsdirektor mit einem Gehalt  
von 4200 bis 4800 Mark gestellt.

Das Eisenbahnkommissariat wird aufgehoben  
und die Aufsicht über die in dem Direktionsbezirke  
befindlichen Privat-Eisenbahnen der Eisenbahndirektion  
übertragen, welche zugleich auch mit der Wahr-  
nehmung der eisenbahntechnischen Aufsicht nach  
dem Kleinbahngesetz vom 28. Juli 1892 be-  
traut ist.

In der Zentralverwaltung soll die Verwal-  
tungsabteilung in eine Sektion für allgemeine  
Verwaltungsangelegenheiten und eine Sektion für  
allgemeine Finanzangelegenheiten, die technische  
Abteilung in eine technische und eine administrative  
Sektion für Bauangelegenheiten geteilt werden.  
An der Spitze von zwei der vier genannten  
Sektionen würden für die zu theilenden Ab-  
theilungen die bereits vorhandenen beiden Mi-  
nisterialdirektoren stehen, während die selbständige  
Leitung der übrigen beiden Sektionen besonderen  
Dirigenten übertragen werden soll, welchen nach  
Analogie der Oberbauräthen bei der allge-  
meinen Bauverwaltung das Gehalt der vortragen-  
den Räte nebst einer pensionsfähigen Zulage von  
jährlich 1000 Mark zu gewährt ist.

Zur Aufrechterhaltung der Einheitlichkeit der  
Verwaltung in den künftigen 5 Abteilungen ist  
die Bestellung eines Unterstaatssekretärs in Aus-  
sicht genommen.

E. L. Berlin, 17. Januar.

Deutscher Reichstag.

17. Plenar-Sitzung vom 17. Januar,  
1 Uhr.

Am Tische des Bundespräsidenten: Niederberg.  
Auf der Tagesordnung steht zunächst die  
zweite Beratung des Antrages des Abg. Graf  
Comptel u. Gen. auf Annahme eines Geset-  
zes betreffend die Aufhebung des Jesuiten-  
Ordens.

Dazu ist vom Abg. Richter (fr. Vgg.)  
beantragt worden, den § 1 des Gesetzes beizu-  
behalten, jedoch den § 2 zu streichen, also das  
Verbot der Ordensniederlassungen aufrecht zu er-  
halten, die Aufenthaltbeschränkung (Ausweisung  
und Internierung) der einzelnen Ordensmitglieder  
aber zu beseitigen.

Dagegen will ein Antrag des Abg. Dr.  
Förster (fr. Vgg.) das Verbot der Nieder-  
lassungen beseitigen und nur für diejenigen Ordens-  
mitglieder, die Ausländer sind, Aufenthalts-  
beschränkungen (Ausweisung oder Internierung)  
zulassen.

Abg. Richter (fr. Vgg.): Schon in der  
vorigen Session erlaube ich mir, denselben An-  
trag, wie heute, einzubringen. Die Annahme des  
Antrages Comptel hätte ja doch nur einen theo-  
retischen Weg, denn die Bestimmungen in den  
Einzelstaaten über Aufhebung von Ordens-  
Niederlassungen würden ja doch fort-  
dauern. So in Preußen und Sachsen. Auch in  
Baden und Württemberg würden die Bestim-  
mungen für Genehmigung von Niederlassungen  
nach wie vor fortbestehen. Nur in Württemberg  
würde der Antrag Comptel praktische Folgen haben.  
Daher glaube ich, daß mein Antrag, welcher den  
Angehörigen des Ordens wieder die freie  
Bewegung im Reiche gestattet, das Beste ist.  
Der jetzige § 2 des Jesuitengesetzes ist eine  
Ausnahmebestimmung, welche in der That  
aus der Welt geschafft werden muß. Mein An-  
trag bietet Ihnen den Weg zu einem praktischen  
Erfolge und nimmt von der katholischen Kirche  
einen gewissen Druck, der jetzt auf ihr lastet.  
Ich kann Sie nur bitten, ihn anzunehmen.

Abg. Friedberg (natl.): Ein Theil  
meiner Freunde sieht im gegenwärtigen Augen-  
blicke keinen Anlaß, eine Konzeption zu machen.  
Ein anderer Theil glaubt dagegen für den Antrag  
Richter stimmen zu können. Darin hat Herr  
Richter jedenfalls Recht, daß die Aufhebung des  
gesamten Jesuitengesetzes überhaupt keinen prak-  
tischen Erfolg haben würde, denn die Einzel-  
staaten würden doch in der Lage sein, ihre  
Niederlassungsverbote aufrecht zu erhalten. Keines-  
falls ist das Jesuitengesetz ein Ausnahmese-  
gesetz, seine Aufhebung würde vielmehr die  
einstimmigen Ordens-Niederlassungen vor allen an-  
deren Vereinigungen, welche sich nur unter ge-  
wissen Vorbehalt bilden dürfen, privilegieren. Was den  
§ 2 anlangt, so waren wir eigentlich schon von  
Anfang an, 1872, der Ansicht, daß eine Straf-  
bestimmung für den Fall unerlaubter Niederlassungen  
richtiger gewesen wäre. Damals sprach ich aber  
Herr Staatssekretär Friedberg gegen diesen Weg  
aus. Die Aufhebung des § 2 würde sicherlich  
geordnete Zustände wieder herbeiführen, nachdem  
gerade er zu den lebhaftesten Agitationen Anlaß  
gegeben hätte. Ein erheblicher Theil meiner  
Freunde wird für den Antrag Richter stimmen.

Abg. v. Stumm (Natl.): Wir werden  
gegen alle Anträge stimmen, da wir eine solche  
mechanische Verabschiedung eines Paragraphen aus  
einem solchen Gesetze nicht für richtig halten. Das  
ganze Gesetz würde, wenn wir den Antrag Richter  
annehmen, eine lex imperfecta werden.

Abg. Lieber (Zentrum): Wenn der Antrag  
Richter zuerst zur Abstimmung gelangen sollte, so  
würden wir natürlich gegen ihn stimmen, denn mit  
der Annahme des Antrages Richter würde ja  
unser Antrag fallen. Wird aber zunächst über  
unsern Antrag abgestimmt und fällt dieser, so  
werden wir für den Antrag Richter stimmen.  
Was wir in der 3. Session thun werden, behalten  
wir uns vor. Was den Antrag Richter anlangt,  
so ist er eine Erleichterung, die bringt, aber sie ist  
nur eine kleine, nicht nebensächliche, denn er be-  
stimmte nicht den § 1, in welchem wir den Haupt-  
beschwerdepunkt erblicken müssen, weil er die per-  
sönliche Freiheit in unzulässiger Weise beschränkt.  
Sogar die Abhaltung rein wissenschaftlicher Vor-  
träge über sozialpolitische Fragen seitens eines zu-  
fälligen dem Jesuitenorden angehörigen Gelehrten  
ist als Ordenshöflichkeit angesehen und verboten  
worden. Heute noch einmal in eine Erörterung  
darüber einzutreten, ob das Jesuitengesetz ein  
Ausnahmese Gesetz ist oder — wie Herr Friedberg  
meint — ein Ausfluß des gemeinen Rechts,  
darauf kann ich wohl verzichten. Unserer Ansicht  
nach ist § 1 ein Ausnahmese Gesetz in trassier-  
Form (Beitrag im Zentrum), und zwar nicht  
nur gegen die Jesuiten, sondern auch gegen die  
Katholiken überhaupt. Wollen Sie also dem  
Jesuitengesetz den Stachel nehmen, so nehmen Sie  
den Antrag Comptel an!

Abg. Richter bittet, daß zunächst über den  
Antrag Comptel abgestimmt werde, damit, falls  
dieser abgelehnt werde, die Annahme des An-  
trages Richter um so sicherer sei.

Präsident v. Bockelow erklärt, eigentlich  
müßte erst über den Antrag Richter abgestimmt  
werden, doch glaube er, dem zuletzt von Richter  
ausgesprochenen Wunsche entsprechen zu können.

Es wird demgemäß zuerst über den Antrag  
Comptel abgestimmt und derselbe angenommen.  
Dafür stimmen Zentrum, Polen, Sozialdemo-  
kraten und ein Theil der beiden freisinnigen  
Parteien und der Antisemiten.

Damit ist der Gegenstand erledigt.  
Es folgt die erste Beratung des Geset-  
zes betr. Änderungen und Ergänzungen des  
Gesetzes betr. die Aufhebung des Jesuiten-  
Ordens (Verordnung, Entschädigung unzulässig  
Berurtheilten, Nachb. statt Vorb., sowie Ver-  
setzung der Kammer und Vertheilung der Ge-  
schäfte durch die Landesjustizverwaltung statt, wie  
bisher, durch die Gerichts-Präsidenten).

Staatssekretär Dr. Niederberg: Einen  
breiten Raum in der öffentlichen Erörterung  
dieser Vorlage hat namentlich die Verlegung der  
Kammer eingenommen. Man hat den Vor-  
schlägen der Regierung nachgesehen, daß bei deren  
Annahme eine unzulässige Beeinflussung der Ge-  
richte durch die Justizverwaltung statt haben werde.  
Die Regierungen können nur bedauern, daß man  
so an bloße technische Fragen solche politische Er-  
wägungen knüpft. Die Regierungen wollten  
lediglich bessere Wege zur Abstellung von Uebel-  
ständen einführen, der Weg selbst ist für sie von  
untergeordneter Bedeutung. Die Einführung  
der Verordnung, die Befestigung einiger Garantien  
des Verfahrens, die Vertheilung unzulässig Be-  
urtheilten, die veränderten Bestimmungen über die  
Eidvernehmung, diese 4 Punkte sind ein unent-  
behrliches Ganze. Etwas anderweitige Vorschläge  
in Bezug auf die Befugnisse der Landesjustizver-  
waltung hinsichtlich Verlegung der Kammer wer-  
den aber die Regierungen vorurtheilfrei prüfen.  
Die Wiederherstellung der Befugnisse ist nicht  
möglich ohne Vereinfachung des Verfahrens und  
ohne Einschränkung des Wiederanfrage-Ver-  
fahrens. Die Regierungen verschließen sich den  
Bedenken gegen die Verlegung nicht, sie folgen,  
wenn sie dieselbe dennoch vorschlagen, nur der  
Stimmung in der öffentlichen Meinung. Auch ist  
es nur eine Konsequenz der Wiederherstellung der  
Verlegung, wenn einzelne Garantien im Verfahren  
fallen müssen. Eine Entschädigung unzulässig  
Berurtheilten kann nur erfolgen, wenn die Un-  
schuld auch wirklich nachgewiesen ist, und das ist  
es auch nur eine Konsequenz, wenn die Wieder-  
aufnahme des Verfahrens wirklich nur erfolgt,  
wenn wirklich Umstände vorliegen, welche einen  
Nachweis ermöglichen. Die vorgeschlagene Ent-

lastung der Schwurgerichte hat man als ersten  
Schritt zu deren Abschaffung angesehen. Das  
liegt aber nicht in der Absicht der Regierungen.  
Sie wollen nur den Schwurgerichten gewisse  
Sachen abnehmen, welche denselben nach der  
Qualität der Geschworenen größere Schwierig-  
keiten machen. Auch liegt es keinesfalls in der  
Absicht der Regierungen, die Stellung der Ange-  
klagten zu erschweren. Aber freilich soll die Straf-  
prozessordnung nicht nur den Angeklagten Schutz  
gewähren, sondern auch den Interessen der  
Rechtsordnung und der bürgerlichen Gesellschaft.  
Auch diese Bedürfnisse des Schutzes gegen Verbrechen.  
Abg. Rinkens (Zentrum): Der Geset-  
entwurf hat den großen Vorzug, daß er in keiner  
Weise als Parteigesetz bezeichnet werden darf. In  
der Forderung der Einführung der Verordnung und  
der Entschädigung unzulässig Berurtheilten sind  
alle Parteien einig. Die jetzige Stellung der An-  
geklagten hierzu ist um so freudiger zu begrüßen,  
als dieselben sich bisher ablehnend verhalten hatten.  
Der größte Theil meiner Freunde ist mit dem  
Vorgehen der verbundenen Regierungen bei dieser  
Vorlage einverstanden, nur gegen einen Punkt hat  
ein Theil meiner Freunde Bedenken, nämlich in  
Bezug auf die Verweisung einer Anzahl Straf-  
sachen, die bisher den Schwurgerichten zufließen,  
an die Strafkammern. Ich persönlich theile aller-  
dings dieses Bedenken nicht. Ich befürchte, wenn  
die Strafkammer mit 5 Richtern besetzt ist, keine  
Schmälerung der Garantien für den Angeklagten.  
Der größte Theil meiner Freunde ist ferner auch  
gegen die Einschränkung der Beweisführung für den  
Angeklagten und seine Verteidigung; sie meinen,  
daß schon im Vorverfahren dem Angeklagten  
und dem Verteidiger die unbeschränkte Möglich-  
keit, Material zu sammeln und Beweisstücke zu  
stellen, gegeben werden muß. Jedenfalls ist es  
notwendig, daß, wenn Beweisstücke der Ver-  
theidigung abgelehnt werden, der Angeklagte rech-  
tigh davon Mittheilung erhalten muß, wes-  
halb die Ablehnung erfolgt ist. Mit beson-  
derer Freude begrüße ich die Änderungen  
in Bezug auf die Zeugen-Vernehmung. Auch die  
Ausdehnung des Kontumazialverfahrens und die  
Befestigung des Verfahrens bei gewissen Straf-  
sachen begrüße ich im Prinzip. Zu erwägen  
wäre, ob nicht bei Strafgerichts-Verhandlungen  
die topographische Aufnahme zu erfolgen habe.  
Die Zuständigkeit des Schöffengerichts kann nach  
der Meinung des größten Theils meiner Freunde  
erheblich vermindert werden. Mit der Ueberweisung  
gewisser Strafsachen — Meineid, Urkunden-  
fälschung, Widerstand gegen die Staatsgewalt —  
an die Strafkammern (statt Schwurgerichte) kam  
ich mich, wie gesagt, nur einverstanden erklären.  
Auch über die Verlegung der Kammer durch die  
Landesjustizverwaltung. Wenn es sich um eine  
ganz neue Regelung handelte, so könnte man sich  
das vielleicht gefallen lassen. Aber nachdem ein-  
mal die Verlegung durch die Kollegen Gebrauch  
ist, können wir uns doch nicht mit der jetzt vor-  
geschlagenen Änderung einverstanden erklären.  
Woher das führen kann, dafür liegen mir  
mancherlei Erfahrungen vor. — Offenlich ar-  
beitet die Kommission nicht wieder, wie früher,  
bloß schlagenswerthes Material, sondern liefert eine  
fertige Arbeit.

Abg. Dr. Canecerus (nl.): Einen  
Wunsch über die Richtung der Kommissions-  
arbeiten will ich nicht aussprechen; ich will erst  
abwarten, welche Erklärungen die Regierung in  
der Kommission abgeben wird. Ein wichtiger  
Punkt der Vorlage ist der Rechtsanspruch, den sie  
unzulässig Berurtheilten gewährt, beim Ge-  
richte den Aufschub des Urtheils zu bewirken.  
Dieser Aufschub des Urtheils ist dem Angeklagten  
nach Entschädigung gewährt, beim Vorliegen  
groben Verfahrens oder böslicher Absicht des  
Berurtheilten sollte hier — nach meiner persön-  
lichen Ansicht — Entschädigung gewährt werden  
können. Die Bestimmungen über die Wiederan-  
nahme des Verfahrens sind mangelhaft. Dem  
unzulässig Berurtheilten wird eine Rechtfertigung  
nicht dadurch gewährt, daß man unterscheidet, ob  
der Verurtheilte ein Verbrechen begangen hat,  
oder ob ihm nur ein verzeihlicher Verstoß passiert  
ist. Nach meiner Meinung sollte das erkennende  
Gericht gleich entscheiden, ob Entschädigung zu ge-  
währen ist oder nicht. Für Gegner der Ver-  
legungs-Anfrage wird allerdings die Vorlage  
wenig Interessantes und Annehmendes bieten.  
Die vielbesagte Vermehrung des Beweisver-  
fahrens kann am besten durch die Verlegung be-  
seitigt werden und das Urtheil der Anwälte, die  
hier aus eigener Erfahrung sprechen können, ist  
für mich von großer Bedeutung. Die Verlegung  
ist für jeden Angeklagten von der größten Wich-  
tigkeit, auch für Anwälte, die Unterlassungen der  
ersten Instanz nachträglich wieder gut machen  
wollen. Bedenklich erscheint nur die Möglichkeit,  
eine Voruntersuchung auszuschießen und das dem  
Gerichte beigelegte Recht, den Umfang der Beweis-  
aufnahme zu bestimmen; man muß vielmehr alle  
Beweise erheben, welche über Thatsachen beige-  
bracht sind, die das Gericht für erheblich erachtet  
hat. Die Verlegung ist in der Vorlage mit so  
vielen Nebenbedingen belastet, daß ich zweifelhaft  
bin, ob sie in dieser Gestalt noch annehmbar ist.  
Zukünftig für die Verlegung müßten die Ober-  
landesgerichte sein, wobei allerdings das per-  
sönliche Erscheinen, wie es die Vorlage  
fordert, in zahlreichen Fällen entbehrlich sein  
dürfte. Eine schnelle Justiz wird jeder  
wünschen, aber nicht so sehr, daß man den  
Züchter sicher kennt und dieser gefällig ist; im  
anderen Falle kann das schnelle Verfahren sehr  
nachtheilig für den Angeklagten werden. Die bis-  
herige Geschäftsvertheilung durch das Präsidium  
der Gerichte halte ich für besser, als die vorge-  
schlagene durch die Ministerial-Anfrage, denn diese  
kennt nicht die einzelnen Richter so genau, wie  
jenes. Sehr empfehlenswert wäre eine ein-  
gehende Erörterung darüber, ob nicht auch bei den  
oberen Gerichten die Theilnahme von Schöffen bei  
der Rechtsprechung sich als zweckmäßig empfehlen  
müßte. Auf dieses Zusammenwirken zwischen  
Räten und Juristen lege ich großen Werth auch  
bei den Verwaltungsgerichten. Ich wünsche, daß  
entweder auf Grund dieser oder einer neuen, im  
nächsten Jahre einzubringenden Vorlage die schwe-  
ren Schäden beseitigt werden mögen, die sich in  
unserer Justiz zeigen.

Staatssekretär Niederberg stellt einige  
Darlegungen des Vorredners über die Zahl der  
von den Landgerichten an die Schöffengerichte zu  
verweisenden Sachen richtig, die der Vorredner zu  
hoch angenommen habe.  
Hierauf verlegt sich das Haus.  
Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.  
Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen  
Beratung.  
Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutschland.

△ Berlin, 17. Januar. Die Kommission  
des Reichstages zur Beratung der Umstrukturierung  
hilt heute ihre erste Sitzung ab. Von einer Ge-  
neral-Debatte wurde Abstand genommen. Abg.  
Spahn (Ztr.) beantragte, die Regierung anzufo-  
dern 1. eine Uebersicht zu geben über die Straf-  
bestimmungen der anderen Kulturstaaten, auf  
welche die neuen Paragraphen Bezug nehmen, 2.  
das entsprechende Material zu liefern, welches die  
Veränderung rechtfertigt. Staatssekretär Niederberg  
verspricht, das Material zu 1 zu liefern, dem Wunsche  
ad 2 ließe sich jedoch nicht entsprechen. Bebel be-  
antragt noch Vorlage sämtlicher bezüglicher Reichs-  
gerichtsentscheidungen, um zu sehen, ob und wes-  
halb sich die vorgeschlagene Straferhöhung (§ 111  
Abs. 2) rechtfertigt. Staatssekretär Niederberg er-  
klärt, die Regierung würde die Annahme des An-  
trages Bebel als Ablehnung der ganzen Vorlage  
ansehen. Bei der Abstimmung wird Antrag  
Spahn ad 1 mit großer Mehrheit, ad 2 mit 14  
gegen 13 Stimmen angenommen, der Antrag  
Bebel abgelehnt. Abg. Dr. Bachem (Ztr.) be-  
antragt hierauf, die Kommission zu vertragen, bis  
die Regierung das vom Abg. Spahn verlangte  
Material vorgelegt habe, worauf der Vorsitzende  
Dr. Böttcher erklärte, die Annahme dieses An-  
trages würde die Verwerfung der Vorlage bedeuten.  
Der Antrag Bachem wird darauf mit 14 gegen  
13 Stimmen abgelehnt.

Die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichs-  
tages konnte heute keine Sitzung abhalten, weil  
die zur Beschlußfähigkeit erforderliche Zahl von  
Mitgliedern nicht erschienen war.

In der Budget-Kommission des Reichstages  
wurde heute eine Resolution des Abg. Dr. Lieber  
angenommen, die verbundenen Regierungen zu er-  
suchen, Bestimmungen zu treffen, daß der erfolg-  
reiche Besuch eines Lehrerseminars die Berechti-  
gung zum Dienst als Einjährig-Freiwilliger in  
sich schließt.

Heute Vormittag unternahmen Seine  
kaiserlichen Majestäten einen gemeinsamen Spazier-  
gang im Thiergarten. Ins königliche Schloß zu-  
rückgekehrt, hörte Seine Majestät der Kaiser vom  
10 Uhr ab den Vortrag des Kriegsministers und ar-  
beitete anschließend daran mit dem Chef des Mi-  
nisterkabinetts, Generaladjutanten, General der In-  
fanterie von Dapfel. Mittags hielt Se. Majestät  
ein Kapitel des Hohen Orients vom Schwarzen  
Aber ab, welchem die Inspektion der neuernannten  
Ordensritter vorausgegangen war. Nach dieser  
feierlichen Danz nahm Se. Majestät die Ab-  
haltung des zur Dienstleistung beim Garde-Kürassier-  
Regiment hier eingetroffenen Herzogs Adolf  
Friedrich von Mecklenburg-Schwerin, sowie die-  
jenige des Wirklichen Geheimen Ober-Regierungs-  
raths von Wilmowski entgegen. Zur Frühstück-  
stisch waren keine Einladungen ergangen. Abends  
7 Uhr findet im Glaspalast des königlichen  
Schlosses ein Diner für die Ritter des Hohen  
Ordens vom Schwarzen Aber statt.

Der besonders gnädige Abschiedsbesuch  
den Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin  
dem am Berlin lebenden russischen Votschafter-  
paar Graf und Gräfin Schwalow nebst Tochter  
bereitet, entsprach vollkommen der bevorzugten  
Stellung, welcher sich Graf Schwalow mit seiner  
Familie bei Ihren Majestäten stets zu erfreuen  
hatten. Der Votschafter nebst den Herren der  
Hofschatz wurde in einem Hofgalawagen nach dem  
königlichen Schloß eingeführt, empfingen vom  
Einfluß des diplomatischen Korps, von Uffoem,  
wider den Herrn Votschafter über die große  
Treppe am Portal I bis in die königlichen Ge-  
mächer geleitet. Hier im Pellerian empfing  
Seine Majestät der Kaiser den bisherigen Vo-  
tschafter, der das Abschieds schreiben seines kaiser-  
lichen Herrn überreichte. Nach der Audienz bei  
Seiner Majestät d. m. Kaiser wurde der Vo-  
tschafter mit seiner Begleitung in die Gemächer  
Ihrer Majestät der Kaiserin geleitet, welche in der  
Mitte ihrer Umgebung ihn empfing. Kurz: Zeit  
darauf erschien auch Gräfin Schwalow mit  
Tochter, welche ebenfalls die Ehre hatten, zur  
Audienz bei Ihrer Majestät der Kaiserin befohlen  
und dann zur Frühstückstisch mit Ihren Ma-  
jestäten eingeladen zu werden.

Der kaiserliche Kommissar Major von  
Wissmann wird, wie nach der „Reichs-Ztg.“ ver-  
lautet, zunächst nicht nach Afrika zurückkehren, son-  
dern in Berlin an der Zentralfelle im kolonialen  
Dienst vorläufig beschäftigt werden. Auch befehlt  
in kolonialen Kreisen das Gerücht, daß der lang-  
jährige Adjutant und Begleiter des Majors, Dr.  
Dumiller, in den Kolonialdienst des Reiches über-  
nommen und hier beschäftigt werden würde. Dann  
würden die beiden noch vorhandenen kaiserlichen  
Kommissare zur Verfügung des Gouvernements  
von Deutsch-Namibia hier im Auswärtigen Amt  
beschäftigt sein, da der Kommissar Dr. Wetzel  
schon seit Mitte 1893 in der Kolonial-Abtheilung  
thätig ist. Der letztere hat im amtlichen Auftrage  
ein großes Werk: „Das deutsch-afrikanische  
Schutzgebiet“ ausgearbeitet, welches alles auf Deutsch-  
Namibia vorhandene Material umfaßt. Das  
Buch, welches in München verlegt wird, soll binnen  
kurzem zur Ausgabe gelangen.

Der Reichskommissar für die Weltaus-  
stellung in Chicago, Geheimrath Bernhart, hat  
denjenigen Herren, welche in ungenügender  
Weise in den für die deutsche Abtheilung gebil-  
deten Ansprüchen das Werk zu einem glücklichen  
Gelingen haben fördern helfen, den zweiwöchigen  
Vericht, den er über die Ausstellung erstattet hat,  
zugleich mit einem Dankschreiben für die ausge-  
worbene Mühe zugehen lassen. Damit hat die  
Thätigkeit des Reichskommissars ihren endgültigen  
Abschluß gefunden. Der Bericht, den derselbe im  
Berein mit einer großen Anzahl von Sachver-  
ständigen erstattet hat, ist übrigens, wie die  
„Berl. Pol. Nach.“ hervorheben, ein Meisterwerk.  
Er bietet für die auf die Chicagoer Ausstellung  
verreisten gewesenen Gewerksgruppen eine Fülle  
von geschätzten Aufzeichnungen, enthält eine Menge  
auch für die Volkswirtschaft verwertbaren  
Materials und wird durch seine Darstellung über  
die bei der Einrichtung der deutschen Abtheilung  
getroffenen Maßnahmen auch für künftige ähnliche  
Veranstaltungen ein vortreffliches Vorbild bieten.  
Wie für Nordamerika das im Jackson Park zu  
Chicago stehende gebliebene deutsche Haus, so wird  
in Deutschland der Bericht des Reichskommissars  
auch für künftige Zeiten Zeugnis dafür ablegen,  
daß die deutsche gewerbliche und künstlerische  
Thätigkeit auf der Chicagoer Ausstellung einen  
vollen Erfolg davon getragen hat.  
In diesen Tagen haben die Räten für  
das Kuratorium des neuen Arbeitsnachweises für  
die Braueren Rattefinden. Der Arbeitsnach-  
weis bildet bekanntlich die Haupterwerbskraft



90 Die 92<sup>te</sup>, Kornwaare erst. 88 Prozent  
 Produkte erst. 75—890, neue 880—885. Nach-  
 produkte erst. 76 Prozent Rendement 5,90—6,65.  
 Stetig. Brod-Raffinade 1. —. Brod-Raffinade  
 II. —. Gem. Raffinade mit Faß 20,37<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, — 21,25.  
 Gemischte Mehl 1 mit Faß 19,50—19,62<sup>1</sup>/<sub>2</sub>.  
 Rubia. Rohwader 1 Produkt Transito 1. u. 2.  
 Hamburg per Januar 8,85 G., 8,90 V., per  
 Februar 8,85 G., 8,90 V., per März 8,90 bez.,  
 8,92<sup>1</sup>/<sub>2</sub> V., per April-Mai 9,00 bez., 9,02<sup>1</sup>/<sub>2</sub> V.,  
 — Ruhiger.  
 Wofen, 17. Januar. Spiritus ohne Iolo  
 Faß 50er 48,90, do. Iolo ohne Faß 70er 29,40.  
 Matter. — Wetter: Schön.  
 Köln, 17. Januar, Nachm. 1 Uhr. Co-  
 treidemarkt. Weizen alter hiesiger Iolo  
 —, do. neuer hiesiger 12,50, fremder Iolo  
 14,00. Roggen hiesiger Iolo 11,50, do. fremder  
 13,00. Hafer alter hiesiger Iolo —, do.  
 neuer hiesiger 13,00, fremder 13,50. Rüböl  
 Iolo 48,00, per Mai 46,40, per October 46,40.  
 — Wetter: Milde.  
 Hamburg, 17. Januar, Vorm. 11 Uhr.  
 Caffee. (Vormittagsbericht.) Good average  
 Santos per März 74,25, per Mai 4,25, per  
 September 73,75, per December 72,75. —

**Hamburg,** 17. Januar, Vorm. 11 Uhr.  
Zugermarkt. (Vormittagsbericht.) Neben-  
Kochender 1. Produkt Daff 88 pSt. Rendement  
neue lifance frei an Bord Hamburg per  
Januar 897 $\frac{1}{2}$ , per März 897 $\frac{1}{2}$ , per Mai  
910, per August 935. Etetig.

**Wien,** 17. Januar. Getreidemarkt.  
Weizen per Frühjahr 6,76 G., 6,78 V.  
per Mai-Juni 6,85 G., 6,87 V. Roggen per  
Frühjahr 5,75 G., 5,77 V., per Mai-Juni 5,85  
G., 5,87 V. Mais per Mai-Juni 6,42  
G., 6,44 V. Hafer per Frühjahr 6,15 G.,  
6,17 V., per Mai-Juni 6,25 G., 6,27 V.

**Glödgang,** 17. Januar, Vorm. 11 Uhr  
5 Minuten. Roheisen. Mixed numbers  
warranted 41 Sh. 6 d. Ruhig.

---

**Telegraphische Depeschen.**

**Wien,** 17. Januar. Der Kaiser reist An-  
fang Februar zum Besuch der Kaiserin Elisabeth  
nach Mentone, verweilt dort drei Wochen und  
fährt dann nach Wien zurück. Die Kaiserin  
fährt darauf nach Korfu und verbleibt dort bis  
Mitte Mai.

Verfaßtes, 17. Januar. (Privat-Telegramm.) Bei der Wahl zum Präsidenten der Republik ist Faure mit 430 Stimmen gewählt worden; Brisson hat 380 Stimmen erhalten.

Paris, 17. Januar. (Privat-Telegramm.) Um 8 Uhr langte Präsident Faure aus dem Bahnhofe St. Lazare an, wo eine Eskadron der republikanischen Garde aufgestellt war. Derselbe bildete die Ehrenesorte bis zum Elysée-Palast. In allen Straßen zogte eine zahllose Menge, welche dem Präsidenten lebhaft begrüßte. Im Hofe des Elysée-Palastes war ein Bataillon Infanterie mit der Regimentsfahne und dem Musikcorps aufgestellt. Faure begab sich sofort zu Casimir-Perier, wo er augenblicklich den

Empfang aller Autoritäten abbild.

Paris, 17. Januar. Casimir-Perier hat das Elysee bereits verlassen und seine alte Wohnung wieder bezogen.

London, 17. Januar. Der „Standard“ schreibt heute: „Das Manifest Casimir-Periers ist das Gefändniß seiner moralischen Freiheit. Er habe angesichts des Feindes die Flucht ergriffen.“ — „Daily Telegraph“ spricht seine Bewunderung darüber aus, daß Casimir-Perier in dem Manifest seinem Nachfolger die von diesem zu

währenden Tagen vorschreibe, und meint, er wäre doch an ihm gewesen, diese Pflichten selbst zu erfüllen. Diejenigen, welche das Oberhaupt durch fortwährende Angriffe entmuthigt hätten, bilirte man als Anarchisten bezeichnen.

London, 17. Januar. Von den in der Grube Andley Eingeschlossenen hat man immer noch kein Lebenszeichen erhalten. Man arbeitet ununterbrochen an der Rettung. Offiziell wird die Zahl der Eingeschlossenen nun auf 75 angegeben.

Warschau, 17. Januar. Generalgouverneur Schuwalow trifft Sonnabend früh hier ein; der Gouverneur von Warschau fährt ihm bis Alexandrow entgegen. Die hiesige Gesellschaft trifft

**Wetterausichten**  
**Am Freitag, den 18. Januar.**  
 Milde, zeitweise heiteres, vorherrschend wol-  
 liges Wetter mit etwas Regen und mäßigen süd-  
 westlichen Winden.

**Wasserstand.**  
Am 16. Januar. Elbe bei Ausfig — 0,23  
Meter. Elbe bei Dresden + 1,45 Meter. —  
Elbe bei Magdeburg + 0,70 Meter. —  
Influsht bei Straußburg + 1,20 Meter. —  
Oder bei Breslau, Oberpegel + 4,68 Meter,  
Unterpegel — 0,70 Meter. Oder bei Frankfurt  
+ 0,55 Meter. Oder bei Ratibor + 1,26  
Meter. — Weichsel bei Braganmünde + 3,73  
Meter. — Warthe bei Bojen + 0,50 Meter.

— Am 15. Januar. Nebe bei Uſch + 0,92  
Meter.

[illegible]



**Weitere**  
**Vermietungs-Anzeigen.**

Kronprinzestraße 41, eine Wohnung von 2 Stuben und Kammer foglich zu verm.  
Doutienstr. 21, Wohn. v. 12 A. an, hell, sof. o. sp. z. v.

In der Nähe des Eisenbahn-Direktions-Gebäudes find z.

1. April d. Js. zu verm.:  
Lindenstr. 25 (Eing. Wilhelmstraße), Sonnenseite:  
1 Treppe: 4 Stuben, Badest., Kloset, Mädchenkammer u.  
3 Treppen: 4 Stuben, Badest., Kloset, Mädchenkammer u.  
Näheres daselbst 2 Treppen.  
Kirchplatz 3 (Sonnenseite):  
2 Treppen: 3 Stuben, Cabinet, Kloset, Mädchenkammer u.  
Näheres daselbst 1 Treppe.

Friedrichstr. 9, Gth. III, ist eine geräumige Wohnung von 2 Stuben, Kammer, Küche z. 1. Febr. zu verm. Näh. Kirchplatz 3, I.

Gr. Behnke 88 ist eine kleine Wohnung zum 1. Februar zu vermieten.  
Vohsenkolonnenstr. 4 Stb., Kam., Küche, R. II.

**Stuben.**

1g. w. Schlafm. j. ev. Eing. v. F. Fubstr. 16, v. 1. ordl. z. M. f. g. Schlafst. Wilhelmstr. 17, ell. 1 anst. Frau o. Mädchen find gute Wohnung gleich o. spät. Vergrh. 8. Wm. Friedr. oh.

**Lokale.**

Schlösserwerckstatt mit Wohn. z. 1. April Hofengarten 40 zu verm. Näh. 1 Tr.

**Mieths-gesuche.**

**Gesucht**  
zum 1. April eine Wohnung von 2 oder 3 Zimmern nicht über 2 Treppen vor dem Berliner Thor oder Neustadt. Gest. Offerten mit Preisangabe unter „Wohnung“ an die Expedition d. Bl., Kirchplatz 3, erbeten.

Eine Wohnung von 2 Zimmern, nicht über 2 Treppen hoch, Falkenwalderstr. oder deren Näh. gelegen, wird von zwei einzelnen Damen gesucht. Adressen mit Preis unter M. D. 70 an der Expedition d. Bl., Kirchplatz 3, erb.



